

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Zeitungsschrift: Tageblatt Riesa.
Heftzettel Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkollamts Weissen.

Poststempelort: Dresden 1530
Girofasse Riesa Nr. 52

Nr. 123.

Freitag, 29. Mai 1925, abends.

78. Jahrg.

Tageszeitung jedes Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis**, gegen Herausgabe, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittes von Prohibitionsteuerungen, Erhöhung der Söhne und Mutteraltersrente behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen mit der Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und in »Vorau« zu bezahlen; eine Beweise für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 zum ersten, 3 zum hohen Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige, die 29 um breite Neßmägele 100 Gold-Pfennige; zehnmaliger und tausendlicher Tag 50%, Aufschlag, Seite Taxe. Vermögender Nutzen verfügt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden mag oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Schließförm: Riesa. Tägliche Unterhaltungsbeiträge, bezahlt an der Elbe! — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstige irgendwelche Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Reichswehrminister zum Behretat. Deutscher Reichstag.

Abg. Berlin, den 28. Mai 1925.
Am Regierungssitz: Reichswehrminister Dr. Gehler. Präsident Loree eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Min. Zunächst werden zwei zurückgeteilte Abstimmungen beim Haushalt des Reichsministeriums für Erneuerung und Ergründung ihrer Schiffe den Treibstoffreichen einen langfristigen Kredit zu mäßigen Zinsfuß in Höhe von drei Millionen Reichsmark zu gewähren, wobei die Verteilung im Verein mit dem Verein Deutscher Heringsfischereien erfolgen soll, sowie für Zwecke der Kinderförderung aus den Überflüssen der Reichsgetreidestelle fünf Millionen Reichsmark bereitzustellen.

Die Aussprache beim Haushalt des Reichswehrministeriums wird darauf fortgesetzt. Verbunden damit werden die Interpellationen über das Unglück auf der Weser.

Reichswehrminister Dr. Gehler

nimmt sofort das Wort, weil, wie er erklärt, das Haus vor den Pfingsttieren steht, und er kann noch vor einem größeren Zuhörerkreis sprechen müsse. Er erinnert dann an die Bedenken, die wegen der Höhe der Forderungen jüngere Bevölkerung in der Debatte laut geworden sind und stellt fest, daß die Zahlen, die Gliederung, die Ausführung und die Bewaffnung des Heeres durch den Vertrag von Versailles bestimmt sind. Wenn man also die Ausgaben vermindern wollte, so müsse man also unter den Leistungsergebnissen, was auch die Entente für Deutschland als notwendig gehalten hat, oder man müsse bei den einzelnen Positionen nachweisen, daß die Forderungen zu hoch sind.

Der Minister weist darauf hin, daß der Offiziersberuf so wenig an Fleiß biete, daß es sehr schwierig sei, tüchtige Offiziere in der Wehrmacht zu halten, weil die Beförderungsmöglichkeiten so gering seien. Wolle man waren, so sei der Erlass des Offizierskorps und der Mannschaften geradezu gefährdet. In der Ausbildung werde kein übermäßiger Aufwand getrieben. Es sei richtig, daß die Reichswehrfelder von vaterländischen Verbänden für ihre Wahlbehörden eingeschulten waren. Er habe dabei auch einen politischen Zweck verfolgt, der übrigens vom preußischen Innensenator genehmigt wurde, denn indem dem Stahlhelm, dem Wehrwolf usw. das Geld abgenommen wurde, wurde verhindert, daß das Geld zu politischen Dingen und politischer Unruhe verwendet wurde.

Der Minister hebt dann hervor, daß wir statt einer Abschlüsse in der ganzen Welt ein ständiges Risiken leben. Die hehenden Heere seien heute stärker als sie 1918 waren. Die Hauptaufgabe der Reichswehr sei auch nach dem Versailler Vertrag der Schutz unserer Grenzen. Gegen einen vernünftigen Pfifflaus habe niemand etwas einzubringen, auch das Offizierskorps nicht. Die Politik der Reichsregierung sei friedfertig; nur ein Herrscher könne in dieser Zeit an Krieg denken. Zustimmung! Auch der Reichspräsident, der doch ein militärischer Romana ersten Ranges sei, habe sich in diesem Sinne ausgesprochen. Solange nicht die allgemeine Armutung da sei, müssten wir eine Reichswehr haben, wie sie unsereren militärischen Bedürfnissen entspricht. Von geheimen Rücksichten könne keine Rede sein. Davon zu sprechen, sei Torheit. (Zustimmung.) England habe abgerückt, es gebe aber allein für seine Lustlosigkeit mehr aus, als unser ganzer Staat beträgt. (Hört! Hört!) Wir dürfen ja moderne Kampfmittel garnicht herstellen.

Wir sind, so erklärt der Minister weiter, ganz bereit, internationale Sicherheitsvereinbarungen für den gegenwärtigen Schutz der Grenzen abschließen. Solange das nicht geschieht, hat der Reichswehrminister die Verpflichtung, mit der Reichswehr dafür zu sorgen, daß Deutschland nicht zum Kampfplatz oder zur Etappe fremder Heere werde. (Lebhafte Beifall.) Es ist richtig, so betont der Minister, daß wir im Herbst 1923 Zeitfreiwillige eingekämpft und die total erlöste Mannschaft zu der durch den Versailler Vertrag gegebenen Grenze ergänzt haben. Wie wenig geheim das war, geht daraus hervor, daß ich damals im Kabinett vorgebrachte, diese Dinge offiziell der Entente mitzutun.

Ich bin für die körperliche Erfüllung der Jugend, aber nicht für Soldatenplakate. Zeitfreiwillige werden nicht mehr ausgebildet.

Der Minister weist darauf hin, daß die größte Heeresvorlage in Frankreich von Herrscher und seinem Linkspartei gemacht worden sei. (Hört! Hört!) Daraus ergibt sich wieder, daß Republik und Demokratie zwar friedlich, aber nicht definitiv sind. Wir verstehen nicht den Versailler Vertrag, aber wir wollen auch nicht auf das verzichten, woran wir nach diesem Vertrag Anspruch haben. Wir werden ehrlich an jedem System der Ausrüstung und Verständigung mitarbeiten, aber das Opfer der deutschen Freiheit darf keiner fordern. (Lebhafte Beifall rechts.)

Der Minister erklärt weiter, daß er sich zu dem Missbrauchsvorwurf nicht äußern wolle und sagt hinzufügt: Wenn Sie mich aber einmal los sind, kriegen Sie mich auch nicht mehr wieder. (Heiterkeit.) Er stellt dann fest, daß das Heer ein Heer der Republik ist. Das alte Offizierskorps habe sich in treuem Pflichtgefühl der neuen Wehrmacht zur Verfassung gestellt. Die Offiziere, die den Eid auf die Republik geleistet haben, werden ihn auch nicht brechen. Wir sind froh auf unsere militärische Vergangenheit, aber die Liebe zu der neuen Staatsform kann nicht besiegeln werden. Pflicht-

gefühl und Ehregefühl und Vaterlandslichkeit müssen im Heere gepflegt werden, dann kommt das andere von selbst. Sie müssen dafür sorgen, wie er weißt, daß der Minister dann an den Reichstag, daß die Republik im deutschen Volke Gewissenswerte bekommt, wie die Monarchie sie gehabt hat. Diese Gewissenswerte können aber ebenfalls nicht beschaffen werden. Mängel bestehen noch im Heere, aber sie sind keine Gefahr für die Republik. Das Heer muß aus dem Parteidader herausgerissen werden. Volk und Heer müssen sich einsöhnen.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsh. Vereinigung) erkennt die Tätigkeit des Wehrministers und seiner Mitarbeiter durchaus an. Der Redner willkt davorhin hin, daß überall um Deutschland herum herüket werde. Deutschland brauche eine angeschauliche Marine, besonders historisch unvergleichliche Erfahrung und auch zum Schutz unseres Auslandesdeutschlands. Ausgabe der Armee sei vor allem, die Ordnung im Staat aufrecht zu erhalten. Das Heer muß in enger Verbindung mit dem Volke stehen.

Abg. Leißl (Bav. Vo.) betont die Notwendigkeit des Ausbaus der Marine im Interesse unseres Handels. Leider verhinderte die Entente die Rückkehr zu dem Ideal des alten Volksheeres und der allgemeinen Wehrpflicht. Das Fehlen dieser Erziehungsinstrumente mache es notwendig, auf anderem Wege die Jugend zu erziehen. Die Tradition der rubrarenen alten Armee müsse auch in der Reichswehr gepflegt werden. Gesinnungsbündnisse dürfe nicht vorkommen.

Abg. v. Stamm (Böhl. Berga) erklärt, daß Verhalten der Entente beweise, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker nur eine Kriegslösung war, um Deutschland in der schamlosen Weise zu berauben. Deutsches Heer müsse die nationale völkische Entwicklung sein. Die Wehrmacht sollte dem Staat nicht zum Profit dienen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

In einer periodischen Bewertung erklärt Abg. Lipinski (Soz.), daß sich die Beschädigungen der früheren lachischen Regierung gegen die Reichswehr keineswegs als halblos erweisen hätten. Die lachische Regierung sei auf ihr Material ohne anstrechende Antwort der Reichsregierung geblieben. Dagegen sei gegen Dr. Neiguer und sozialdemokratische Zeitungen, die einen Teil des Materials veröffentlicht hatten, das Landesvertragsverfahren eingeleitet, aber nicht durchgeführt worden.

In der Einzelaussprache fordert Abg. Künnler (Soz.) Reform der Alterssorgeeinrichtungen für die Reichswehrangehörigen.

Beim Kapitel Pionierwesen fragt Abg. Hünnlich (Soz.), was geschehen sei, um Katastrophen, wie das

Bethener Reichswehrunglück

in Zukunft zu vermeiden.

Reichswehrminister Dr. Gehler erklärt, daß eine endgültige Klärung der Ursachen des Unglücks erst durch die demokratisch stattfindende Verhandlung in Minden möglich sei. Die Vorwürfen für derartige Übungen seien gleich nach der Katastrophe einer Nachprüfung unterzogen und geändert worden. In den neuen Bestimmungen könne hauptsächlich der Unterschied zwischen Kriegs- und Friedensübung stärker zum Ausdruck kommen.

Abg. Neubauer (Kommu.) ist der Meinung, daß bei dem Unglück die Reichswehr eine große Rolle gespielt habe. In der Sicherheit der Soldaten herrsche großer Nüchternheitsgeist.

Abg. Brüninghaus (D. Bp.) weist darauf hin, daß man in der Trauer um die unglaublichen Opfer einzutreten. Es sei aber eine politische Geisselmaßlosigkeit, den Unglücksfall agitatorisch auszunutzen.

Abg. Schmidt-Hannover (Dn.) schlägt sich der Trauer an. Damit sind die Interpellationen zum Wehrunglück erledigt.

Generalmajor v. Hoos ist gegenüber geäußerten Wünschen noch mit, daß in der Unterbringungsfrage nur würdig bleibe, daß man in der Industrie oder Landwirtschaft etwas finde. Die Unterbringung besteht darin, daß politisch feinerlei Einwendungen zu erheben sind.

Abg. Künnler (Soz.) beantragt Streichung der Mittel für die Beschaffung von Gasmasken.

Reichswehrminister Dr. Gehler erwidert, daß die Reichsregierung in Wessig bereits für das Verbot des Gasmasken eingerettet sei. Solange ein solches Verbot aber nicht erfolge, müssten auch uns Abwehrmaßnahmen zu Gebote stehen.

Der Antrag wird abgelehnt und der Haushalt der Reichswehr entsprechend den Ausschlußbeschlüssen in zweiter Lesung angenommen.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Nächste Sitzung Dienstag, 9. Juni, 2 Uhr: Marinehaus, Kleine Vorlagen.

Der Altersenrat des Reichstags

hat gestern beschlossen, daß der Einladung der Rheinländer zur Fahrt nach Köln am 20. Juni nicht von dem gesamten Reichstag, sondern nur von einer Deputation von 28 Mitgliedern, in der das Präsidium und alle Porteien vertreten sein werden, folge geleistet werden soll. Am Abend steht der Altersenrat an dem schon früher festgesetzten Geschäftspunkt fest, wonach das Plenum gestern seine letzte Sitzung vor Pfingsten abhält und am Dienstag, den 9. Juni, wieder zusammenentreten wird.

Truppenverschiebungen im besetzten Gebiet.

Verstärkung der schwarzen Truppen.

■ Berlin. Aus allen Gebieten des Rheinlandes liegen erneut Nachrichten über eine rigorose Handhabung der Polizei kontrollen und Verstärkung der allgemeinen Polizeitruppen vor. In den letzten Tagen ist auch insoweit eine neue Bewaffnung eingetreten, als französische Quartiermacher wieder an der Arbeit sind, was mit Sicherheit darauf hindeutet, daß die Besatzungstruppen übermäßig verstärkt werden sollen. Besonders in Trier machen sich Vorbereitungen der Franzosen bemerkbar. Es findet eine Umgroppierung der Besatzungstruppen statt.

Der marokkanische Feldzug der Franzosen zwang die europäischen Truppen nach Afrika zu werken, da die schwarzen Truppen sich im Kampf gegen die Maikabalen als unverlässig erwiesen haben. Es sollen nunmehr anscheinend die schwarzen Truppen aus Marokko zurückgezogen und in das besetzte Gebiet geschafft werden, während die weißen Besatzungstruppen nach Marokko kommen. Die unverkennbare außerordentliche Verstärkung des Tonnes der Belastungstruppen gegenüber der Zivilbevölkerung ist einerseits mit den schwierenden außenpolitischen Fragen zu erklären, andererseits ist sie, wie schon gemeldet, eine offenkundige Wütung der Jahrtausendfeier im Rheinlande. Die Franzosen haben die für sie sehr betrübliche Beobachtung machen müssen, daß von der Jahrtausendfeier des Rheinlandes mit dem Reich ausgegangen ist, und daß die Rheinländer in der Zuversicht bestärkt wurden, in absehbarer Zeit wieder von der Fremdherrschaft frei zu sein. Führende französische Persönlichkeiten haben in unmissverständlicher Weise ihrem Ärger darüber Ausdruck gegeben, daß die enormen Summen für die französische Propaganda im besetzten Gebiet nutzlos ausgewichen sind. Am Rheinlande herrscht allgemein die Ansicht, daß die französischen Besatzungsbehörden jetzt zu allen möglichen Mitteln greifen wollen, um unter allen Umständen die für den 16. August in Aussicht genommene Räumung der Kölner Zone zu verhindern.

Die Räumung des Ruhrgebietes am 16. August.

■ Berlin. Aus London wird gemeldet: Wie Reuter aus autoritativer französischer Quelle erfährt, wird Deutschland als unstandhaft sein, wenn es will, in wenigen Wochen das durchzuführen, was in der Note über die Abrüstung verlangt werde. Das Verzeichnis, das demokratisch überall übereinholen wird, um dem Rheinlande die Rückkehrsfreiheit zu geben. Räumung der Rheinländer in der Zuversicht bestärkt wurden, in absehbarer Zeit wieder von der Fremdherrschaft frei zu sein. Führende französische Persönlichkeiten haben in unmissverständlicher Weise ihrem Ärger darüber Ausdruck gegeben, daß die enormen Summen für die französische Propaganda im besetzten Gebiet nutzlos ausgewichen sind. Am Rheinlande herrscht allgemein die Ansicht, daß die französischen Besatzungsbehörden jetzt zu allen möglichen Mitteln greifen wollen, um unter allen Umständen die für den 16. August in Aussicht genommene Räumung der Kölner Zone zu verhindern.

Vor einem Straßenbahnerstreik in Leipzig?

■ Leipzig. Vor einem Straßenbahnerstreik? Die Leipziger Straßenbahner nahmen in einer Versammlung am Donnerstag abend, in der das vor einiger Zeit auf lädtischen Diensten entlassene frühere Mitglied des Betriebsrates der Straßenbahn Stadtverordneter Herrmann referierte, zu dem Ergebnis der seit Anfang April schweden den Sozialverhandlungen Stellung. In der Versammlung kam mit überwältigender Mehrheit der Wille zum Ausdruck, vom leichten gewerkschaftlichen Mittel, dem Streik, Gebrauch zu machen, falls die Forderungen der Straßenbahner nach angemessener Erhöhung der Löhne nicht erfüllt werden. Am Freitag wird durch eine Urabstimmung im Betrieb entschieden werden, ob zu Pfingsten gearbeitet, oder ob der Betrieb stillgelegt werden soll. Es ist mit der Möglichkeit eines Streiks am Pfingstsonnabend zu rechnen.

Durchbare Grubenkatastrophe in Amerika.

71 Bergleute ums Leben gekommen.

* New York, 28. Mai. In Raleigh in North Carolina ereignete sich am Mittwoch nachmittag ein Grubenunglüch, wobei 71 Bergleute verschüttet wurden. Die sofort eingesetzte Hilfskolonne konnte die Schächte wegen der austretenden giftigen Gase nicht erreichen. Weitere Explosionsverhinderungen das weitere Vorgehen. Nach sechs Stunden Arbeit erreichten die Hilfskolonnen die ersten Toten. Man nimmt an, daß sämtliche 71 Bergleute ums Leben gekommen sind.